



# Beitritt der Republik Kroatien zur EU

**Rede von Thomas Nord, 16. Mai 2013**

Thomas Nord (DIE LINKE):

Herr Präsident!

Herr Botschafter!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Kroatien hat – das ist hier schon mehrfach  
gesagt worden – bis zum Beitritt zur Europäischen  
Union einen langen Weg zurückgelegt, einen  
längeren

als alle anderen Beitrittsländer bisher. Nun jedoch  
wird

Kroatien am 1. Juli dieses Jahres das jüngste Mitglied  
der Europäischen Union. Das ist für viele Menschen  
dort

und auf dem Westbalkan ein Grund zur Freude. Das  
positive

Referendum zum EU-Beitritt in Kroatien ist für  
uns ein wesentliches Argument, um ihm  
zuzustimmen;

denn für uns ist die Akzeptanz des Beitritts in den  
Ländern

selbst entscheidend für unsere eigene Zustimmung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das 2003 gegebene Versprechen einer  
Beitrittsperspektive

an den gesamten Westbalkan – davon war hier  
schon die Rede – darf angesichts der momentanen  
Krise

der Euro-Zone und der Europäischen Union nicht  
zurückgenommen

werden. Deutschland steht da gerade angesichts  
der politischen Mitverantwortung für den Zerfall  
des ehemaligen Jugoslawiens – und hier trennen sich  
die Wege – aus unserer Sicht in moralischer  
Verantwortung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer an dieser Stelle sagt, dass Kroatien von der  
Anerkennung

als unabhängiger Staat bis zum heutigen Tag  
eine geradlinige Entwicklung vollzogen hat, der  
blendet

einen Bürgerkrieg aus, der Zehntausende Tote  
gefordert hat.

Ich finde, das kann man hier nicht machen.

(Beifall bei der LINKEN – Oliver Luksic  
[FDP]: Was ist das für ein historischer  
Quatsch!)

Gerade das aktuelle Abkommen zwischen Serbien  
und Kosovo besagt im Kern, dass sich beide Seiten  
auf

dem Weg in die Europäische Union keine Hürden in  
den

Weg stellen wollen. Das zeigt: Die  
Beitrittsperspektive

ist der einzige positive Anreiz für einen rationalen  
Umgang

zwischen nach wie vor verfeindeten Parteien. Ein  
wirklicher Aussöhnungsprozess oder gar eine  
Anerkennung

des Kosovo als eigenständiger Staat durch Serbien  
kann hieraus eben nicht abgeleitet werden. Erst die  
Praxis

der nächsten Zeit wird erweisen, welche Substanz  
dieses Abkommen hat.

Allerdings gibt es auch in Kroatien Menschen, die  
den Beitritt nicht mit Freude, sondern eher mit Sorge  
erwarten,

und das sind bei weitem nicht alles unbelehrbare  
Nationalisten. Es gibt Sorgen und Bedenken, auch in  
Kroatien, die wir ernst nehmen sollten. Von 1,7  
Millionen

erwerbsfähigen Menschen in Kroatien sind 370 000

arbeitslos. Der durch die EU ausgeübte Druck zur Privatisierung der Werften hat hier mehr geschadet, als dass er genutzt hat. Das Wirtschaftswachstum fiel im Vorjahr um 1,9 Prozent. Das Haushaltsdefizit stieg zuletzt auf 5,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ein großer Investitionsboom wird mit dem Beitritt in Kroatien nicht erwartet. Kroatien wird mit dem EU-Beitritt Handelsvorteile verlieren, und nur vom Tourismus wird auch Kroatien auf Dauer nicht leben können.

(Oliver Luksic [FDP]: Quatsch!)

Gerade an Beitrittsstaaten wie Kroatien wird deutlich: Die mit dem Beitritt auferlegte Wirtschaftspolitik von Deregulierung, Privatisierung und Abbau öffentlicher Leistungen ist kein zukunftsfähiger Weg für Europa und die Europäische Union.

(Beifall bei der LINKEN – Oliver Luksic [FDP]: Anti-Europa-Rede!)

Im Gegenteil, wie die aktuelle Lage in Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern usw. zeigt: Dieser Weg gefährdet nicht nur die Existenz der Euro-Zone,

(Oliver Luksic [FDP]: Warum weinen Sie noch Milosevic hinterher?)

sondern der Europäischen Union insgesamt, Kollege Luksic.

Notwendig sind gerade auf dem Westbalkan auch öffentliche

Programme, also zum Beispiel EU-Investitionsprogramme

zur Reindustrialisierung der Region.

Das kann übrigens zum Vorteil für alle Mitgliedstaaten

und ein guter Weg zur Überwindung der Krise insgesamt

sein. Wer sich nur auf private Investoren verlässt, wird

noch die letzte Privatisierung der Telekommunikation bekommen, und das war es dann. Die Politik der Troikas,

der Schuldenbremsen und der Kürzung der Mittel für die EU ist, aus unserer Sicht jedenfalls, ein Irrweg.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der FDP: Hat mit Kroatien nichts zu tun!)

Die Kritik an der jetzigen neoliberalen EU-Politik kann aber nicht dazu führen, den Gesetzentwurf der Bundesregierung abzulehnen.

(Oliver Luksic [FDP]: Aha!)

Nach Slowenien wird nun ein zweiter Staat, der aus dem

Zerfall Jugoslawiens hervorging, der Europäischen Union beitreten. Damit wird der Beschluss von Thessaloniki

weiter umgesetzt. Durch diese Umsetzung wird wieder ein Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger

der Staaten, die aus dem blutigen Konflikt in Jugoslawien

hervorgegangen sind, in einer gemeinsamen Union ermöglicht.

Die Linke stimmt dem Beitritt Kroatiens zu, weil damit die Aussicht verbunden ist, einen jahrhundertealten Konflikt beizulegen und dem gesamten Westbalkan eine

Friedensperspektive zu bieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dauerhaft, meine Damen und Herren, wird diese Friedensperspektive

für den Westbalkan und ganz Europa

nur dann sein, wenn die jetzige selbstzerstörerische Politik

in der Europäischen Union

(Widerspruch des Abg. Oliver Luksic [FDP])

von einer solidarischen, gerechten und  
demokratischen

Politik für die Menschen in der EU insgesamt abgelöst  
wird.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)